

Bericht über die Sitzung des Gemeinderates Haselbach am 28. Juli 2022

Antrag auf Defizitausgleich für die Offene Ganztagschule

Dem Gremium lag ein Antrag des AWO Kreisverbandes Straubing-Bogen vor, auch im kommenden Schuljahr das Defizit der Offenen Ganztagschule an der Grundschule auszugleichen, um einen Weiterbetrieb der OGS zu ermöglichen. Nach kurzer Diskussion herrschte unter den Mitgliedern Einvernehmen, dass ein wirtschaftlicherer Betrieb durch die Gemeinde nicht möglich wäre. Dem Antrag wurde daher einstimmig entsprochen.

Machbarkeitsstudie Nahwärmenetz

Nach den ersten Beratungen über die Planung eines Nahwärmenetzes lagen dem Gremium nunmehr verschiedene Angebote für eine Machbarkeitsstudie vor. Im Zuge dieser Machbarkeitsstudie sollen ein erstes Gebäudekonzept für das Heizwerk, Leistungsbilanz, verschiedene Anschlussvarianten und Erweiterungsoptionen sowie mögliche Rohrleitungswege erarbeitet und die Kosten grob geschätzt werden. Erst im Anschluss kann entschieden werden, ob und in welchem Umfang ein Wärmenetz errichtet werden soll. Über die Auftragsvergabe wurde in nichtöffentlicher Sitzung entschieden. Erster Bürgermeister Haas stellte dem Gremium außerdem das Zwischenergebnis der Bedarfsabfrage unter privaten Immobilieneigentümern vor. Diese zeigten, dass auch bei privaten Hausbesitzern erhebliches Interesse an einer Nahwärmeversorgung bestehe.

Information und Verschiedenes

Bürgermeister Haas informierte das Gremium über die Ergebnisse der letzten Bauausschusssitzung. Auf besonderes Interesse stießen dabei die Planungen des Obst- und Gartenbauvereins „Obst und Natur pur“ für einen Naturerlebnispfad mit Kneippgelegenheit. Die Kneippgelegenheit soll im Spätsommer am Donau-Regen-Radweg zwischen dem Bauhof und dem Ortsteil Ziermühle entstehen. Die Ratsmitglieder begutachteten außerdem die Pläne für eine Umgestaltung des Sitzungssaals im Rathaus. Auf breite Zustimmung stieß dabei eine Anregung aus dem Gremium, die Barrierefreiheit der öffentlichen Toiletten im Rathaus zu verbessern.

Auf Unverständnis stießen die Pläne des Staatlichen Bauamts für die Umleitung aufgrund der Vollsperrung der B20 im August. Bürgermeister Haas stellte die Ergebnisse einer kurzfristig anberaumten Verkehrsschau vor, wonach zwar diverse verkehrssichernde Maßnahmen geplant seien, auf die ebenfalls beantragte Fußgängerampel aber vorerst verzichtet werden solle. An die öffentliche Sitzung schloss sich ein nichtöffentlicher Teil an.